

DIE LINKE. Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft
Tiefer 8, 28195 Bremen

Presseverteiler
per E-Mail

Michael Horn
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Tiefer 8
28195 Bremen
Telefon 0421 / 20 52 97-51
Telefax 0421 / 20 52 97-10
Mobil 0160 / 76 234 17

Michael.Horn@linksfraktion-bremen.de
www.linksfraktion-bremen.de

Bremen, 28. August 2012

Betreff: Pressemitteilung

Am Bedarf vorbei: Senat fördert zu wenig sozialen Wohnraum

Nachdem der Wohnungsmangel von 14.000 Wohnungen und der zunehmende Sozialwohnungs-Notstand über Monate in Bremen diskutiert wurden, hat nun auch der Bremische Senat reagiert. Während er noch vor einem Jahr, keinen erhöhten Wohnungsbedarf feststellen konnte, hat er jetzt offenbar den Handlungsbedarf erkannt. Heute stellte er die Inhalte seines neuen ‚Wohnraumförderungsprogramms 2012/2013‘ vor. Danach sollen bis Ende 2013 insgesamt 2.800 neue Wohneinheiten gebaut werden. Davon soll ein Viertel Sozialwohnungen sein. Bis Ende 2013 sollen also 700 Wohnungen mit sozialer Belegungsbindung entstehen.

"Grundsätzlich begrüßen wir, dass der Senat endlich tätig wird. 350 Sozialwohnungen pro Jahr reichen aber nicht einmal aus, um deren Rückgang auszugleichen", so **Claudia Bernhard**, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Der Senat gibt in der Wohnungsbaukonzeption an, im Jahr 2009 habe es 8.600 Sozialwohnungen gegeben. Für das Jahr 2015 geht er von nur noch 3.600 solcher Wohnungen aus, da die Belegungsbindungen bestehender Sozialwohnungen befristet sind und auslaufen. Somit reduziert sich der Bestand an Sozialwohnungen in Bremen innerhalb von sechs Jahren um 5.000 Wohnungen. Pro Jahr fallen damit durchschnittlich 833 Sozialwohnungen weg.

"Die Pläne des Senats sind ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts der 136.000 Bremerinnen und Bremern, die von Armut betroffen oder gefährdet sind, und einem quasi sich auflösenden sozialen Wohnungsangebot. Obwohl in den letzten Jahren zum allergrößten Teil hochpreisige Wohneinheiten gebaut wurden, soll auch jetzt wieder nur ein Viertel der Wohnungen geförderter Wohnraum mit Belegungsbindung sein. So wird die Koalition das Ziel nicht erreichen, der Verdrängung sozial und finanziell benachteiligter Menschen entgegen zu treten", so Bernhard weiter.

Von den für 2010 und 2011 insgesamt zur Verfügung stehenden 4,5 Millionen Euro Fördermitteln wurden nur 1,6 Millionen tatsächlich abgerufen. Jetzt stellt der Senat über die Bremer Aufbau Bank (BAB) 23,5 Millionen Euro an Zinshilfen für die kommenden zwei Jahre bereit. Baugesellschaften bekommen so von der BAB durch öffentliche Zuschüsse vergünstigte Kredite.

"Das anvisierte Bauvolumen kann nur realisiert werden, wenn die Wohnungsbauwirtschaft die Förderung in Anspruch nimmt. Aufgrund bisheriger Erfahrungen scheint das zumindest fraglich. Die 23,5 Millionen Euro sind zwar mehr als die mickrigen 4,5 Millionen Euro, die in Bremen in den letzten zwei Jahren zur Verfügung standen. Sie decken aber bei Weitem nicht den Bedarf an günstigem Wohnraum. Statt indirekter Anreize sollte der Senat ein eigenes Wohnungsbauprogramm auflegen, das den Bau von mindestens 1000 Sozialwohnungen pro Jahr vorsieht!", so Bernhard weiter.

Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Agnes Alpers, fordert die Fortsetzung der Bundeskompensationsmittel über 2013 hinaus. "Bei der Verwendung dieser Mittel sollten aber alle Beteiligten mit einbezogen werden. Dazu gehören Mieterinnen und Mieter, interessierte Bürgerinnen und Bürger, die Beiräte und die Wohnungsbaugesellschaften. Außerdem rufe ich zum gemeinsamen Wohnungspolitischen Konzept 2030 auf: Langfristige Stadtentwicklung in den einzelnen Stadtteilen unter Beteiligung aller relevanten Gruppen und Interessierten."